

## Disziplingeschichte, Bd. 3

HELLMUT WOLLMANN

# Soziologie an der Humboldt-Universität unter dem SED-Regime und in der „Wende“ (1945–1991)<sup>1</sup>

## Rahmenbedingungen

Nach 1945 vollzog sich die Transformation der Sowjetischen Besatzungszone in ein dem Staats- und Parteienmodells der Stalinschen Sowjetunion entsprechendes kommunistisches Ein-Parteien-Herrschafts-System in raschen Schritten. Bereits früh wurden auch die Konsequenzen dieses Wandels im Auf- und Ausbau des Wissenschafts-systems der DDR, d. h. für die Universitäten/Hochschulen, die Akademie der Wissenschaften und die „SED-eigenen“ wissenschaftlichen Einrichtungen sichtbar.

Die Sowjetische Besatzungsmacht schritt bereits kurz nach Kriegsende dazu, die Universitäten, insbesondere in Berlin, Leipzig und Halle, neu zu eröffnen (vgl. Hansen i. Bd. 1). Die kommunistische Umformung des Hochschulwesens durch die II. Hochschulreform (Verordnung ... vom 22. 2. 1951) veränderte an allen Universitäten der DDR die universitäre Lehre durch ein zweisemestriges Grundstudium des Marxismus-Leninismus; insbesondere die Philosophischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten wurden auf den Marxismus-Leninismus als theoretisch-ideologische und „parteiliche“ Leitlinie verpflichtet. Unter dem Schlagwort „Kampf gegen Objektivismus in der wissenschaftlichen Arbeit“ wurde die ideologische Auseinanderset-

---

<sup>1</sup> In der Vorbereitung dieses Textes konnte ich – in einem Ansatz von „oral history“ – mit einer Reihe von Kollegen und Kolleginnen Gespräche führen, die die Entwicklung der Soziologie in der DDR und an der Humboldt-Universität aus eigenem Erleben und aufgrund eigener Mitwirkung und Mitgestaltung kennen. Meine Gesprächspartner waren (in alphabetischer Reihenfolge) die Professorinnen und Professoren Karin Lohr, Dieter Klein, Artur Meier, Hansgünter Meyer, Hildegard Maria Nickel, Dieter Segert und Helmut Steiner. Ich bin allen für ihre großzügige Gesprächs- und Hilfsbereitschaft sehr verpflichtet. Auch Friedhelm Neidhardt habe ich für Hinweise, Kritik und Rat sehr zu danken. Selbstredend habe ich verbleibende Schwächen, Irrtümer und Einseitigkeiten des Textes allein zu verantworten.

zung mit der „bürgerlichen Soziologie“ verschärft. Die „marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften“, deren Grundlage in dem unter der Ägide Stalins dogmatisierten Marxismus-Leninismus gesehen wurde, sollte die überkommene Soziologie als „bürgerliche Wissenschaft“ in Forschung und Lehre ablösen und auch terminologisch aus dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch tilgen.<sup>2</sup>

Ungeachtet dieser Veränderungen wurde programmatisch an dem Humboldtschen Postulat von der Einheit von Forschung und Lehre festgehalten, die Universitäten also weiterhin als Stätten der Lehre *und* Forschung betrachtet<sup>3</sup> und Forschungskompetenz weiterhin als eine vorrangige Qualifikation für die Berufung zum Professor angesehen. Zwar wurde in der III. Hochschulreform von 1967 ausdrücklich statuiert, dass sich die Universitäten in erster Linie der Lehre und Ausbildung zu widmen habe. Jedoch ist die Interpretation, dies machte „den Bruch mit der Humboldtschen Universitätstradition komplett“<sup>4</sup>, nicht haltbar, weil die Universitäten, zumal die Humboldt-Universität, auch nach 1967 fortführen, eigene Forschungen zu verfolgen.

Unverkennbar wurde aber die strikte Durchsetzung der Parteilinie an den Universitäten dadurch sichergestellt, dass auch für die Universitäten eine eigene Kreisparteiorganisation bestand, die direkt der SED-Bezirksleitung und der Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees (ZK) der SED als der Machtvertikale der Partei untergeordnet war.

Neben der Universität wird die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) – nach 1972 Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) – zur zentralen Wissenschaftseinrichtung. Per SMAD-Befehl Nr. 197 vom 1. Juli 1946 wieder eröffnet, sollte sie nach dem Vorbild der sowjetischen Akademie der Wissenschaften Forschung betreiben, während die Universitäten sich im Wesentlichen auf Lehre und Ausbildung konzentrieren sollen. Die III. Hochschulreform von 1967 zielte im Verein mit der Akademiereform 1968 darauf, diesen Vorrang außeruniversitärer Forschung zu befestigen.

---

<sup>2</sup> Hansgünter Meyer, Soziologie und soziologische Forschung in der DDR, in: Soziologie in Deutschland – Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder. Theoretische Kontroversen, hrsg. v. Schäfers, Bernhard, Opladen 1995, S. 35–49.

<sup>3</sup> Vgl. Buck-Bechtler, Gertraude, Das Hochschulwesen der DDR Ende der 80er Jahre, in: Aufbruch und Reform von oben, hrsg. v. Mayntz, Renate, Frankfurt a.M./New York 1994, S. 11–##.

<sup>4</sup> So Küpper, Mechthild, Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform, Berlin 1993, S. 142.

Für die Sozialwissenschaften ist daneben das Institut für Gesellschaftswissenschaft (IfG) beim ZK der SED – ab 1976 umbenannt in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG) beim ZK der SED – von großer Relevanz. Am 12. 12. 1951 richtete die SED dieses ihr unmittelbar unterstellte Institut für Gesellschaftswissenschaften (IfG des ZK) als „parteieigene“ Wissenschaftseinheit ein. Damit wurde nicht nur ein dritter Forschungsstrang neben der herkömmlichen Doppelstruktur von Universitäten/Hochschulen und Akademie der Wissenschaften eingerichtet, sondern auch der Traditions- und Umbruch einer im Kern „parteilichen“ Forschung institutionalisiert. Dadurch, dass den Instituten des IfG des ZK eigene Promotions- und Habilitationsrechte (zur Ausbildung und Rekrutierung der Führungs- und Nomenklaturkader der SED) eingeräumt wurden, konkurrierten sie unmittelbar mit den Universitäten als den Graduierungsinstanzen. Nach 1964 wurde die Rolle des IfG, die zentrale („parteiliche“) Steuerung und Kontrolle des gesamten Wissenschafts- und Forschungssystems der DDR auszuüben, institutionell noch verstärkt.

### 1946–1950: Neuanfang soziologischer Lehre

Die Universität war 1945/1946 „eine einzige Trümmerstätte<sup>5</sup>“ in der kriegszerstörten Innenstadt Berlins, als sie – aufgrund des „Befehls“ no. 4 der SMAD vom 8. 1. 1946 – am 29. 1. 1946 durch einen Festakt (im Admiralspalast in der Friedrichstraße – in Ermangelung einer geeigneten unzerstörten Räumlichkeit in der Universität selbst) feierlich wieder eröffnet wurde. Der Lehrbetrieb wurde sogleich an mehreren Fakultäten aufgenommen (vgl. Hansen i. Bd.1). Zwar war die „Neueröffnung“ der Universität von Anfang an unverkennbar von der Absicht der Sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD bzw. SED bestimmt, sie als wesentlichen Bestandteil einer gesamtpolitischen stalinistischen Umgestaltung ihres Herrschaftsbereichs zu nutzen. Jedoch vermitteln die Vorlesungsverzeichnisse der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität in ersten sechs Semestern (WS 1946/47 bis SS 1950)<sup>6</sup> ein erstaunlich wissenschaftspluralistisches, ja „bür-

---

<sup>5</sup> Paul Wandel in der Festrede zur Neueröffnung der Universität am 29. 1. 1946.

<sup>6</sup> Für eine Zusammenstellung der an der Philosophischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Berlin zwischen 1946 und 1951 tätigen Dozenten und ihrer Vorlesungen siehe Steiner, Helmut, Gesellschaftsanalyse und Ideengeschichte aus biographischer Perspektive, in:

gerliches“ Bild. Dies mag den Aufbauwirren, aber auch der Absicht der Besatzungsmacht geschuldet gewesen sein, durch Signale hochschulpolitischer Toleranz ins Exil vertriebene Wissenschaftler zur Rückkehr nach Berlin zu ermutigen oder verbliebene qualifizierte Wissenschaftler von der Abwanderung „in den Westen“ abzuhalten. So wurden in den ersten sechs Semestern Vorlesungen angeboten: für „Hörer aller Fakultäten“ von Alfred Meusel und Ernst Niekisch; an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät von Gottfried Eisermann, Ernst Schellenberg sowie (in den ersten sechs Semester allerdings nur einmal) Jürgen Kuczynski, an der Philosophischen Fakultät von (in den ersten drei Semester auffallend häufig) Alfred Vierkandt sowie Richard Thurnwald, Alfred Meusel (vgl. Hardtwig i. d. Bd.) und Heinz Maus. Das sind – mit dem Soziologen Alfred Vierkandt<sup>7</sup>, dem Ethnologen Richard Thurnwald<sup>8</sup> und dem Nationalökonom und Soziologen Gottfried Eisermann<sup>9</sup> – Angehörige des früheren Lehrkörpers der Universität ebenso wie Wissenschaftler, die, aus dem „westlichen“ Exil zurückgekehrt (so der marxistische Wirtschaftswissenschaftler und –historiker Jürgen Kuczynski<sup>10</sup> und der Historiker Alfred Meusel<sup>11</sup>) oder aus der NS-Haft befreit worden waren (so Ernst Niekisch<sup>12</sup>). Ferner sind der „linke“ Soziologe

---

WZB Paper P 2006–008, S. 45ff. sowie ders., Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der SBZ, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin 1988, S. 228–241.

<sup>7</sup> Alfred Vierkandt (1867–1953), Prof. Berlin bis 1933, dann Vorlesungsverbot durch das NS-Regime, nahm 1946 (als 78-Jähriger) seine Lehrtätigkeit (bis 1948) wieder auf (vgl. auch Wollmann i. Bd. 5).

<sup>8</sup> Richard Thurnwald (1914–1954), seit 1926 a.o. Prof. für Ethnologie an der Friedrich-Wilhelms-Universität (FWU), nach 1933 NS-Sympathisant, nach 1946 Lehrtätigkeit an der HU, 1948 Wechsel an die Freie Universität (FU) (vgl. Wollmann sowie Kaschuba i. Bd. 5).

<sup>9</sup> Gottfried Eisermann (geb. 1918, lebt in Bonn), Promotion Februar 1945 an der FWU, 1946 Lehrauftrag, 1948 Wechsel an Universität Heidelberg, dort 1956 habilitiert, später in Köln.

<sup>10</sup> Jürgen Kuczynski (1904–1997), 1922–1924 Studium der Philosophie, Finanzwissenschaften in Berlin, Erlangen, Heidelberg, 1925 Promotion, 1930 KPD-Mitglied, 1936 Emigration nach Großbritannien, 1946 SED-Mitglied, 1946–1956 o. Prof. Universität Berlin, Gründer und Leiter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte, Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, 1949–1956 Abgeordneter der Volkskammer, 1955 ordentliches Mitglied der DAW, 1957–59 Revisionismuskorwürfe; vgl. Müller-Enbergs, Helmut/Wielgoß, Jan/Hoffmann, Dieter (Hrsg.), Wer war wer in der DDR? Berlin 2000, S. 484 – Nachweise zu den biografischen Daten von DDR-Wissenschaftlern und Persönlichkeiten, wenn nicht anders vermerkt, künftig ohne Nachweise im Einzelnen aus diesem Standardwerk.

<sup>11</sup> Alfred Meusel (1896–1960), 1925 o. Prof. für Soziologie an der TH Aachen, Verhaftung durch das NS-Regime, 1934 Emigration nach Großbritannien, fand 1937 über Jürgen Kuczynski Anschluss an Exilorganisation der KPD, 1946 Rückkehr nach Berlin, 1947 o. Prof. für Neuere Geschichte, 1951 Gründungsdirektor des Instituts für deutsche Geschichte an der HU. „Alfred Meusel war der erste marxistisch-leninistische Historiker überhaupt, der in Deutschland als Historiker eine Universitätsprofessur erhielt. Er galt bis in die späten 1950er Jahre als einer der wissenschaftspolitisch einflussreichsten Historiker in der DDR“ (Müller-Enbergs u. a., Wer war wer, 2000, S. 574).

<sup>12</sup> Ernst Niekisch (1889–1967) war 1922–1926 SPD-Abgeordneter im Bayerischen Landtag, danach Redakteur, als Nationalbolschewist geltend, Widerstand gegen das NS-Regime, 1939 Verur-

Heinz Maus<sup>13</sup> und der (sozialdemokratische) Sozialpolitiker Ernst Schellenberg<sup>14</sup> zu nennen.

Allerdings, der (hochbetagte) Soziologe Vierkandt, ein akademisches „Urgestein“ der Berliner Universität, stellte nach drei Semestern seine Lehrtätigkeit endgültig ein, Thurnwald wechselte 1948 an die Freie Universität im Westteil der Stadt, Eisermann und Maus gingen nach Heidelberg bzw. Frankfurt a.M. Nach wenigen Semestern zeigte sich damit ein tiefgreifender Wechsel im Lehrpersonal, in dem sich die politischen Turbulenzen der Universität in den späten 1940er Jahren widerspiegeln. Diese fanden ihren dramatischen Ausdruck und Ausbruch darin, dass Professoren und Studenten der Humboldt-Universität, um sich der wachsenden politischen Repression durch die sowjetische Besatzungsmacht und die SED zu entziehen, die Universität verließen und dass Anfang November 1948 die *Freie Universität* in Berlin-Dahlem gegründet wurde und am 15. 11. 1948 ihren Lehrbetrieb aufnahm.

## Soziologie der 1950er Jahre: Marxistisch-leninistische Dogmatisierung der Lehre

Mit der II. Hochschulreform von 1951 vollzog sich auch an der Humboldt-Universität ein tiefer Einschnitt in die Lehre der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer. Deren Verpflichtung auf die Doktrin des Marxismus-Leninismus und die ideologische Verbannung von „Soziologie“ wurden insbesondere von Robert Naumann<sup>15</sup> vorangetrieben, der 1951 zum Professor für Politische Ökonomie an der

---

teilung durch den Volksgerichtshof zu lebenslanger Haft. 1945 Befreiung durch die Rote Armee. 1945 Mitglied der KPD. Nach der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 Bruch mit der SED.

<sup>13</sup> Heinz Maus (1911–1978), 1941 Promotion in Kiel, Verhaftung unter dem NS-Regime, 1949/51 Assistent von Ernst Niekisch und Dozent für Gesellschaftswissenschaften an der HU, 1951–1953 wiss. Ass., Institut für Sozialforschung in Frankfurt a.M., 1960–1978 o. Prof. Soziologie, Univ. Marburg.

<sup>14</sup> Ernst Schellenberg (1907–1984), 1929–1933 Studium an der FWU, an dieser Anfang 1933 Promotion (Dr. rer. pol.), nach 1945 stellvertretender Abteilungsleiter für Sozialwesen im Magistrat von Groß-Berlin, 1947 a.o. Prof. als Direktor des Instituts für Sozialpolitik und Versicherungswesen an der HU (1946–1948), seit 1948 SPD-Mitglied, 1952–1976 Mitglied des Bundestages als Berliner Abgeordneter, Initiator der Rentenreform 1957.

<sup>15</sup> Robert Naumann (1899–1978), seit 1920 in Moskau, seit 1920 Mitglied der Kommunistischen Partei Russlands, 1926 Dozent an der Kommunistischen Universität des Westens (KUNMS) in Moskau, 1950 Übersiedlung in die DDR, seit 1950 SED-Mitglied, 1951 Prof. und Direktor des In-

Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät berufen, zugleich zum Direktor des Instituts für Politische Ökonomie an dieser Fakultät und außerdem zum Prorektor für Gesellschaftswissenschaften (also für alle Fakultäten außer den naturwissenschaftlichen und der medizinischen zuständig). Seine Machtposition wurde noch dadurch befestigt, dass er 1954 (bis 1963) Mitglied des ZK der SED wurde. Naumann war in den 1920er Jahren von der KPD nach Moskau zur Ausbildung und Parteiarbeit entsandt worden, hatte die Stalin'schen Säuberungen der 1930er Jahre überlebt und kehrte 1950 nach fast 25-jährigem Aufenthalt in der Sowjetunion nach Berlin zurück. Vor diesem ideologischen, politischen und biographischen Hintergrund setzte er seine diversen Funktionen und Machtpositionen vehement dafür ein, die Leitlinien des Marxismus-Leninismus Stalinscher Provenienz im Aufbau der Forschung und Lehre an der Humboldt-Universität zu verwirklichen und deren Einhaltung zu kontrollieren. Gegenüber dem im Stalin'schen Moskau jahrzehntelang sozialisierten und dogmatisierten Naumann vertrat Jürgen Kuczynski, der die Jahre nach 1933 im „West-Exil“, insbesondere in London, verbrachte, hierbei wesentlich andere Lebens- und wissenschaftliche Prägungen erfahren hatte und außerdem ein international überragendes wissenschaftlichen Profil besaß, in vielem ideologisch wie theoretisch flexiblere Positionen. Durch das Neben- und Gegeneinander zweier so unterschiedlich sozialisierter und auch wissenschaftlich höchst unterschiedlich begabter Hauptakteure war die frühe Aufbauphase der wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung an der Humboldt-Universität von erheblichen konzeptionellen und ideologischen Spannungen geprägt, in denen sich Kuczynski mehr als einmal dem (politisch wie existenziell gefährlichen) Vorwurf des „Revisionismus“ und anderer „Abweichungen“ ausgesetzt sah. In der ökonomischen Lehre, besonders im Institut für Politische Ökonomie in der Spandauer Strasse, fand er in Kurt Braunreuther<sup>16</sup> einen kongenialen Schüler und Mitstreiter.

---

stituts für Politische Ökonomie an der HU, 1951 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, 1954–1963 Mitglied des ZK der SED, 1963 emeritiert.

<sup>16</sup> Kurt Braunreuther (1913–1975), 1947–1951 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der HU, seit 1946 SED-Mitglied, nach 1951 Ass. am Institut für Politische Ökonomie, 1955 Promotion, 1960 Prof. und stellvertretender bzw. kommissarischer Direktor des Instituts für Politische Ökonomie der HU, 1963 Leiter der Arbeitsgruppe Soziologie am Institut für Wirtschaftswissenschaften und ordentliches Mitglied der DAW, Mitglied des Wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung, Versetzung als Funktion der Gewerkschaft Wissenschaft an der DAW.

## Die Zeit nach 1956: Ansätze soziologischer Forschung „von unten“ im Kontext der „Entstalinisierung“

Die „Entstalinisierung“, die *Nikita Chruschtschow* 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU einleitete, löste in der Sowjetunion ein die ideologischen Fesseln des doktrinären Marxismus-Leninismus lockerndes „Tauwetter“ aus, dank dessen „eine geradezu euphorische Soziologie-Entwicklung in der Sowjetunion“<sup>17</sup> einsetzte. Im Gegensatz zu den meisten andern Ostblock-Ländern, die ebenfalls vom ideologischen „Tauwetter“ erfasst wurden, hielt die SED (zunächst) an den starren Dogmen des Marxismus-Leninismus und nicht zuletzt auch an der konzeptionellen und terminologischen Tabuisierung der Soziologie fest.

In die ideologisch blockierte Diskussion um die Anerkennung und Nutzung einer einzelwissenschaftlich ausgerichteten Soziologie (neben, wenn auch in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus) brachte Jürgen Kuczynski dadurch Bewegung, dass er 1957 in der maßgeblichen sowjetrussischen Philosophie- (und Ideologie-)Zeitschrift *Fragen der Philosophie (Voprosy Filosofii)* einen Aufsatz platzierte.<sup>18</sup> In diesem postulierte er die Existenz von „soziologischen Gesetzen“ (*sotsiologicheskie zakony*), die einzelwissenschaftlich (sprich: von einer empirisch ausgerichteten Soziologie) untersucht werden können, ohne in das dogmatische System des Marxismus-Leninismus integriert zu sein; damit stellte er ein Kerndogma des herrschenden Marxismus-Leninismus in Frage.<sup>19</sup> Die Kontroverse, die er damit (auf listenreichem Umweg) in die DDR gewissermaßen importierte, gab der Diskussion um die Soziologie in der DDR nachhaltigen Auftrieb.

An der Humboldt-Universität regten sich erste Ansätze empirischer soziologischer Forschung zum einen an der Philosophischen Fakultät, wo der Philosoph Hermann Scheler studentische Arbeiten insbesondere zu agrarsoziologischen Fragestellungen

---

<sup>17</sup> Steiner, *Gesellschaftsanalyse*, 2006, S. 23.

<sup>18</sup> Ehe sich Kuczynski dazu entschloss, das Thema in den *Voprosy Filosofii* zu platzieren, hatte er versucht, Walter Ulbricht in einem persönlichen Gespräch von der Wünschbarkeit und Notwendigkeit zu überzeugen, soziologische Forschung in der DDR zuzulassen. Ulbricht hatte dies mit dem Hinweis auf von ihm befürchtete „Sicherheitsrisiken“ abgelehnt (vgl. Meyer, Hansgünter, *DDR-Soziologie von den Anfängen bis 1971*, in: *Denkversuche*, hrsg. v. Rauh, Hans-Christoph/Ruben, Peter, Berlin 2005, S. 413–458).

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 427.

anregte, darunter Erich Hahn<sup>20</sup>, der 1961 mit einer agrarsoziologischen Arbeit promovierte (und in der weiteren theoretischen und ideologischen Orientierung der Soziologie der DDR eine bestimmende Rolle spielen sollte).

Zum anderen kamen empirische Arbeiten an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Gang, wo Kurt Braunreuther, nach Studium, Promotion und Habilitation an der Humboldt-Universität, 1960 zum Professor für Politische Ökonomie berufen und zum stellvertretender bzw. kommissarischen Leiter des Instituts für politische Ökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ernannt wurde. Er bot Vorlesungen zur Geschichte der ökonomischen Lehren sowie Soziologiegeschichte an.

„Die Studenten waren fasziniert und liefen in Scharen in seine Vorlesungen“.<sup>21</sup> Um ihn sammelte sich ein Kreis an empirisch-soziologischen Untersuchungsansätzen interessierter Studenten und Doktoranden, unter ihnen Helmut Steiner<sup>22</sup>, der sein Assistent und engster Mitarbeiter wurde, Manfred Puschmann und Georg Aßmann sowie unter den Jüngeren Thomas Edeling und Holger Michaelis.

Auch in anderen Lehrgebieten der Humboldt-Universität zeigten sich in den späten 1950er Jahren soziologische Untersuchungsansätze, etwa in der Gruppe der Agrarsoziologen um Kurt Krambach. Desgleichen ist auf medizinsoziologische Arbeiten an der Charité der Humboldt-Universität zu verweisen. 1961 bildete sich in Berlin eine Forschungsgemeinschaft Soziologie und Gesellschaft, (unter Braunreuthers Vorsitz) sowie eine Soziologische Kommission der Humboldt-Universität, die über Tagungen eine wachsende Anzahl von Forschungsergebnissen diskutierte, publizierte und verbreitete. Solche Tagungen fanden zunächst 1962 in Prieros und 1963 in Berlin und dann 1964 in Merseburg statt. „Das Merseburger Treffen – schon eher eine repräsentative Konferenz – hatte einen großen, DDR-weiten Zulauf und war auch dadurch

---

<sup>20</sup> Erich Hahn (geb. 1930), zunächst Studium der Geschichte und Philosophie und 1961 Promotion an der HU, 1966–1971 Lehrstuhl für marxistisch-leninistische Soziologie am IfG und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung, 1971–1990 Direktor des Instituts für Marxistisch-Leninistische Philosophie am IfG und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für Marxistisch-Leninistische Philosophie.

<sup>21</sup> Meyer, Hansgünter, Nachruf auf Helmut Steiner, in: Sozialismus 36 (2009), H. 3, S. 57.

<sup>22</sup> Helmut Steiner (1936–2009), 1955–1960 Studium der Politischen Ökonomie an der HU, 1960 Ass. bei Braunreuther, 1964 Mitglied der Arbeitsgruppe Soziologie am Institut für Wirtschaftswissenschaften der DAW, 1962 Promotion, 1969–1970 Forschungsaufenthalt in Moskau, 1970 Institut für Theorie und Organisation der Wissenschaft (IWTO) der DAW; vgl. Meyer, Hansgünter, Laudatio für Helmut Steiner zum 70. Geburtstag, in: Soziologische Zeitgeschichte. Helmut Steiner zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Genov, Nicolai/Kreckel, Reinhard, Berlin 2007, S. 12–28; ferner Meyer, Nachruf, 2009, S. 57–58.



bedeutsam geworden, weil sie zu einer ersten offenen ideologischen Konfrontation zwischen den neuen Leuten, als deren führende Köpfe Kurt Braunreuther, Helmut Steiner und Manfred Lötsch auftraten, und den mit der Einhaltung einer dogmatischen Linie beauftragten Funktionären führte“.<sup>23</sup>

In dieser Phase kam den Soziologen zustatten, dass sich die DDR-Regierung massiv um internationale Anerkennung bemühte und den DDR-Soziologen die Gelegenheit eröffnet wurde, sich international zu profilieren. 1956 nahmen Vertreter der DDR als Beobachter am II. Weltkongress der International Sociological Association (ISA) in Amsterdam teil, 1963 wurden sie als „nationale Vertretung der Soziologen in der DDR“ in die ISA aufgenommen<sup>24</sup> und nahmen in Folgezeit, beginnend mit dem ISA Weltkongress in Evian (1966), regelmäßig mit eigener Delegation und wissenschaftlichen Beiträgen teil.

Insgesamt bietet die in den späten 1950er Jahren an den Hochschulen der DDR, insbesondere an der Humboldt-Universität, entfaltende soziologische Forschung das Beispiel eines universitären „Eigenwuchses“, der um so bemerkenswerter ist, als es in dieser Phase nach wie vor die rigide Parteilinie der SED war, die „Soziologie“ als „bürgerliche Wissenschaft“ zu verpönen.

### Die 1960er Jahre: Partei-offizielle Anerkennung und Förderung einer (marxistisch-leninistischen) Soziologie als Instrument der Modernisierungspolitik der SED

In den 1960er Jahren erhielt die Entwicklung der Soziologie mehrere Anstöße. Zum einen vollzog die SED in ihrer Einschätzung der Soziologie eine geradezu radikale Wendung, indem sie (mit bezeichnender Verspätung gegenüber der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern) die Soziologie – im Zusammenhang mit dem vom VI. Parteitag (21./22. 1. 1963) beschlossenen Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL) – als ein Instrument ihrer Modernisierungspolitik „entdeckte“. In dem von der SED 1963 beschlossenen Programm wur-

---

<sup>23</sup> Vgl. Meyer, Soziologie, 1995; Meyer, DDR-Soziologie, 2005.

<sup>24</sup> Vgl. Ettrich, Frank/Lohr Karin, Soziologie und Industriesoziologie in der DDR – eine kritische Bilanz, in: Zwischenbilanz. Analysen zum Transformationsprozeß der ostdeutschen Industrie, hrsg. v. Schmidt, Rudi, Berlin 1993, S. 27–72.

den die Gesellschaftswissenschaften nunmehr explizit dazu aufgefordert, „verstärkt soziologische Forschungen zu betreiben“.<sup>25</sup> Hierbei gewannen Kybernetik und Systemtheorie einen hohen Stellenwert, für die Walter Ulbricht ein persönliches Faible zeigte<sup>26</sup> und die in der DDR in dem (1953 bis 1958 an der Humboldt-Universität lehrenden) Philosophen Georg Klaus einen international bekannten Vertreter hatte (vgl. Herzberg i. d. Bd.). Die Modernisierungspolitik der SED geriet in eine regelrechte „Wissenschaftseuphorie“.<sup>27</sup>

Zwar leitete die SED gegen Ende der 1960er Jahre erneut eine wirtschaftspolitische und ideologische (durch die Ablösung von Walter Ulbricht 1971 dramatisch sichtbar gemachte) Kursänderung ein – wiederum im verspäteten Einklang mit der Sowjetunion –, indem die 1963 mit der NÖSPL eingeführten Elemente einer („kybernetischen“) Selbststeuerung nunmehr als „subjektivistisch“ gebrandmarkt und rückgängig gemacht wurden.<sup>28</sup> Jedoch hielt die SED daran fest, soziologische Forschung – bei verstärkter Steuerung und Kontrolle – für ihre Wirtschafts- und Modernisierungspolitik nutzen zu wollen.

Der 1963/64 eingeschlagene Kurs, soziologische Forschung verstärkt als Vehikel der Modernisierungspolitik zu nutzen, ging Hand in Hand mit der wissenschaftspolitischen und -strukturellen Entscheidung, nunmehr verstärkt auf soziologische Forschung insbesondere an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, also an der Akademie und am („parteieigenen“) IfS, später AfG (beim ZK) zu setzen.

Die Ausdehnung der Forschungsförderung wurde zum einen begleitet von der Zentralisierung der Forschungsplanung. So beschloss das ZK 1964 ein Zentrales Programm der soziologischen Forschung und einen 5-Jahres-Plan (1966–1970), in dem Vorgaben für die IfG-, Akademie- und Hochschulforschung gemacht wurden und der in folgenden 5-Jahres-Perioden fortgeschrieben wurde. Zum andern wurden für die verschiedenen Forschungsbereiche, u. a. für soziologische Forschung, Wissenschaftliche Räte eingerichtet, in die die Direktoren bzw. Leiter der relevanter soziologischen

---

<sup>25</sup> Zit. n. Ettrich Frank, Soziologie in der DDR, in: Berliner Journal für Soziologie 2 (1992), S. 447–472, hier: S. 450.

<sup>26</sup> Walter Ulbricht formulierte 1964: „Wir brauchen eine echte wissenschaftliche Untersuchung der soziologischen Entwicklung, der Veränderung des Bewusstseins der Bevölkerung (...). Es ist notwendig, dass sich die Parteileitungen Soziologen und Fachleute zur Hilfe holen, die imstande sind, diese Probleme zu bearbeiten“ (zit. n. Ettrich, Soziologie, 1992, S. 458).

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Vgl. Ettrich/Lohr, Soziologie, 1993, S. 51, für Details auch S. 44, 54 f.

Forschungseinrichtungen aus Akademie und Hochschulen in den Rat berufen wurden und die der Koordination und auch ideologischen Abstimmung dienten. Ein entscheidendes zentrales Steuerungs- und Kontrollmittel aus der Sicht der SED bildete die Regelung, dass der Vorsitz der einzelnen Räte in Personalunion mit der Position eines Direktors am „parteieigenen“ IfG verbunden wurde und damit eine entsprechende forschungs- und machtpolitische Verklammerung letztlich mit der SED-Führung sichergestellt wurde. Dies galt auch für den Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung.<sup>29</sup> Diese in der Forschungspolitik und -förderung der frühen 1960er Jahre vorgesehene Übergewichtung der außeruniversitären zulasten universitärer Forschung wurde in der III. Hochschulreform von 1967 und der Akademiereform von 1968 wissenschaftspolitisch und -strukturell weiter festgeschrieben. Zwar geriet damit die Hochschulforschung gegenüber den außeruniversitären Forschungseinrichtungen finanziell und personell deutlich, teilweise eklatant ins Hintertreffen, jedoch konnte sich – gegen die These vom vollständigen „Bruch mit der Humboldt’schen Universitätstradition“<sup>30</sup> – die universitäre Forschung in sozusagen „guter Humboldt-Tradition“ durchaus behaupten und sichtbar bleiben.

## Soziologie an der Humboldt-Universität

1963 wechselten Kurt Braunreuther und seine Mitarbeiter (insbesondere Helmut Steiner) von der Humboldt-Universität an die DAW – in offenkundigem Zusammenhang mit dem politisch beabsichtigten Ausbau der Forschungskapazität der letzteren. Indessen wurde zur gleichen Zeit die soziologische Forschung an der Humboldt-Universität institutionell dadurch gestärkt, dass an Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität 1964 eine von Manfred Puschmann geleitete Abteilung Industriesoziologie und 1968 auch an der Philosophischen Fakultät eine von Dieter Dohnke geleitete soziologische Forschungsgruppe gebildet wurden. Allerdings entwickelte sich in der soziologischen Forschung an der Humboldt-Universität über Jahre ein „eigenartiges Schisma“<sup>31</sup> zwischen den beiden, zumal an verschiedenen Standorten untergebrachten, Forschungsgruppen aus, die erstere vorrangig empirisch

---

<sup>29</sup> Auffälligerweise ohne den üblichen Zusatz „marxistisch-leninistisch“.

<sup>30</sup> Küpper, Die Humboldt-Universität, 1993, S. 142.

<sup>31</sup> Meyer, DDR-Soziologie, 2005, S. 35.

(industriesoziologisch) und die letztere eher theoretisch-ideologisch (d. h. marxistisch-leninistisch) orientiert. Erst 1979 wurde diese Trennung durch die Zusammenführung der beiden Gruppen im (nunmehr vom Soziologen Georg Assmann geleiteten) Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie organisatorisch überwunden und wurden damit die institutionellen Voraussetzungen für die weitere Entwicklung und Konsolidierung des soziologischen Forschungspotentials an der Humboldt-Universität verbessert.

1965 wurde der Wirtschaftswissenschaftler Dieter Klein<sup>32</sup> (nach Studium, Promotion und Habilitation an der Humboldt-Universität) 1965 zum Professor für Politische Ökonomie und zum Direktor des Instituts für Politische Ökonomie berufen. 1977 (bis 1990) wurde er Prorektor der Humboldt-Universität für Gesellschaftswissenschaften (mit einer Zuständigkeit für alle Fächer außerhalb der Naturwissenschaften) ernannt. In diesen Funktionen hat er (bis 1990) die weitere Entwicklung der Soziologie wie den Reformkurs der Universität in den späten 1980er Jahren insgesamt maßgeblich beeinflusst und geprägt.<sup>33</sup>

Ungeachtet der nunmehr parteioffiziellen Anerkennung und Förderung der Soziologie wurde die soziologische Lehre an der Humboldt-Universität (wie an anderen Hochschulen der DDR) erst in den späten 1960er Jahren – und dies nur schrittweise – eingeführt. Dies geschah zunächst (1968) als postgraduales Zusatzstudium für Wissenschaftler, die, vielfach schon promoviert, in der Praxis tätig waren und sodann als Hauptfachausbildung (als Diplom-Ökonom bzw. Diplom-Philosoph „in der [Neben-]Fachrichtung Soziologie“). Schließlich wurde 1975 an der Humboldt-Universität (gleichzeitig mit den Universitäten Leipzig und Halle) ein förmlicher Diplomstudiengang Soziologie eingerichtet.<sup>34</sup> Allerdings waren DDR-weit nur 40 bis 60 Studierende pro Studienjahr zu dem Diplomstudiengang zugelassen, von denen 20 bis 25

---

<sup>32</sup> Dieter Klein (geb. 1931), 1951–1954 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der HU, 1954 SED-Mitglied, 1961 Promotion, 1964 Habilitation, 1965 Prof. für politische Ökonomie und (bis 1977) Direktor des Instituts für politische Ökonomie an der HU, ab 1978 (bis 1990) Prorektor der HU für Gesellschaftswissenschaften.

<sup>33</sup> Zum taktisch geschickten Reformkurs von Dieter Klein vgl. zuletzt, unter der Kapitelüberschrift „Der Mut des Prorektors“, ausführlich Segert, Dieter, Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR, Wien u. a. 2008, S. 61ff. Zu seinem von ihm im Rückblick als „eulenspiegelhafte Taktik“ umschriebenen Vorgehen vgl. Klein, Dieter, Zum 80. Geburtstag von Egon Bahr. DDR-interne Folgen eines Treffens in Berlin, in: Der Freitag v. 15. 3. 2001.

<sup>34</sup> Für Einzelheiten vgl. Lohr, Karin, Ausbildung und Einsatz von Soziologen in der DDR. Stand und Perspektiven, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 13 (1990), H. 3, S. 178–187.

auf die Humboldt-Universität entfielen. (Dabei ist hervorzuheben, dass eine Kohorte von 20 bis 25 Soziologie-Studenten, gemessen an der Gesamtzahl der 11.500 Studenten der Humboldt-Universität<sup>35</sup>, eine verschwindende Minderheit bildete. In dem von der SED zugelassenen minimalen Zuschnitt des Soziologie-Studiums ist ihr nachhaltiges ideologisch-politischen Misstrauen gegen alles sie Soziologie Betreffende zu erkennen.)

DAW = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, ab 1972

AdW = Akademie der Wissenschaften der DDR

Der Wechsel Kurt Braunreuthers von der Humboldt-Universität an die Akademie war, wie erwähnt, unverkennbar darauf gemünzt, hier das soziologische Forschungspotenzial zu stärken. Er wurde 1963 Leiter der am Akademie- Institut für Wirtschaftswissenschaften gebildeten Arbeitsgruppe Soziologie<sup>36</sup> sowie nach bemerkenswerter kurzer Zeit (1964) Ordentliches Mitglied der Akademie. Mit Helmut Steiner, der zusammen mit Braunreuther von der Humboldt-Universität kam, dem Soziologen Hansgünter Meyer<sup>37</sup>, der vorher an der Universität Greifswald tätig war, und dem Soziologen Manfred Lötsch<sup>38</sup>, der, nach Studium an der Humboldt-Universität und zuletzt Assistent an der Bergbauakademie Freiberg, wegen eines Konflikts mit der dortigen SED zur „Bewährung“ vorübergehend als Betriebssoziologe im Kohlen-

---

<sup>35</sup> Vgl. Küpper, Die Humboldt-Universität, 1993, S. 142. Danach hatte die HU 1970 11.472 Studenten.

<sup>36</sup> Vgl. Meyer, Hansgünter, Sociological Research in the GDR (DDR), in: Soziologie, Journal of the Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Special Edition 3 (1994), S. 33–51, hier: S. 36.

<sup>37</sup> Hansgünter Meyer (geb. 1929), 1953–1958 Fernstudium der Geschichtswissenschaften an der Univ. Leipzig, 1960 Ass. am Philosophischen Institut der Univ. Greifswald, 1965 Soziologe, Abteilung am Institut für Wirtschaftswissenschaften der DAW, 1969 gemeinsame (mit M. Lötsch) Habilitation an der HU (SED-Verbot der Publikation), 1970 Mitglied des Wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung, 1973 Prof. für Soziologie an der DAW; vgl. auch Meyer, Hansgünter, Die Entdeckung der Soziologie, in: Wege zur Soziologie nach 1945, Biographische Notizen, hrsg. v. Fleck, Christian, Opladen 1996, S. 263–291.

<sup>38</sup> Manfred Lötsch (1936–1993), 1956–1960 Studium der Volkswirtschaftslehre an der HU, 1958 SED-Mitglied, 1963 Promotion, 1966 Konflikte mit der SED-Parteileitung, anschließend „Bewährung“ als Betriebssoziologe im Braunkohlenwerk, 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der soziologischen Abteilung am Institut für Wirtschaftswissenschaften der DAW, 1969 gemeinsame Habilitation mit Hansgünter Meyer (1971 SED-Verbot der Publikation), 1969 Versetzung an das IfG des ZK, 1979 Prof. am IfG, Mitglied des Wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung, März 1989 schwerer Herzinfarkt; siehe auch Thomas, Michael, Nekrolog auf Manfred Lötsch, in: Berliner Journal für Soziologie 3 (1993), H. 3, S. 237–238.

bergbau eingesetzt worden war, versammelte die Braunreuther-Gruppe einige der besten Nachwuchswissenschaftler der DDR-Soziologie.

Allerdings geriet Braunreuther 1969 „in einen ideologischen Hinterhalt“<sup>39</sup>, in dessen Folge er seiner Forschungsfunktionen entkleidet und (forschungsfern) in den Kreisvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft an der DAW abgeschoben wurde. Die Arbeitsgruppe Soziologie wurde durch Eingliederung in das (von Manfred Buhr geleitete, ideologisch rigide und als solches gefürchtete) Zentralinstitut für Philosophie der Akademie<sup>40</sup> eingegliedert und nach vierjährigen internen, intriganten Auseinandersetzungen praktisch aufgelöst.

Erst 1978 erhielt die soziologische Forschung an der Akademie mit dem Institut für Sozialpolitik und Soziologie (ISS) wieder eine eigene organisatorische Basis. Zum Leiter des ISS wurde Gunnar Winkler bestimmt, der, von der Gewerkschaftshochschule Bernau kommend, bislang eher als Sozialpolitiker denn als Soziologe hervorgetreten war. Unter seiner Leitung erwies sich das ISS (bis 1990) als bemerkenswert produktiv und publizistisch wirksam.<sup>41</sup>

Dem IfS war, wie erwähnt, eine zentrale Steuerungs- und auch Kontrollfunktion über die gesamte soziologische Forschung (wie auch andere Forschungsfelder) dadurch zugewiesen, dass der Vorsitz des einschlägigen Wissenschaftlichen Rates (hier: für soziologische Forschung) in Personalunion mit einer Institutsleiter- oder Direktorenposition am IfG verknüpft wurde. In dieser Personalunion wurde der Vorsitz des Wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung zunächst (1964–1970) von Horst Taubert, dann (1970–1971) von Erich Hahn und schließlich (1971–1990) von Rudi Weidig, der zugleich Professor für marxistisch-leninistische Soziologie am IfG war, wahrgenommen. Für die Dauer von 20 Jahren (bis 1990) hatte Rudi Weidig damit bestimmenden (nicht zuletzt auch ideologisch reglementierenden) Einfluss auf die Entwicklung der Soziologie.

---

<sup>39</sup> Meyer, *Sociological Research*, 1994, S. 40.

<sup>40</sup> Zu dem das AfG-Zentralinstitut für Philosophie kennzeichnenden dogmatisch-repressiven Klima vgl. Rauh, Hans-Christoph (Hrsg.), *Gefesselter Widerspruch – Die Affäre um Peter Ruben*, Berlin 1991. Für den Umgang der Institutsleitung mit dem der Abteilung Soziologie war die Argumentation bezeichnend, dass „Soziologie überhaupt keine Wissenschaft, sondern russisches Volkstümlertum des 19. Jahrhunderts“ sei (so Hansgünter Meyer in einer Mitteilung an den Verfasser).

<sup>41</sup> Zu den Forschungserträgen des ISS siehe u. a. die vom ihm herausgegebenen (zehn) *Jahrbücher für Soziologie und Sozialpolitik*.

Im Zuge des programmatischen Ausbaues der Forschungsressourcen auch und gerade der „parteieigenen“ soziologischen Forschung wurde 1964 eine Abteilung für Soziologie (unter der Leitung von Horst Taubert) eingerichtet. Eine nachhaltige personelle Verstärkung kam mit Manfred Lötsch, der 1969 (im Zusammenhang mit der erwähnten „Strafabschiebung“ von Braunreuther und der Auflösung seiner Gruppe) von der DAW an das IfG (Institut für Gesellschaftswissenschaften, ab 1976 AfG, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) versetzt wurde (vermutlich weil die SED ihn hier besser unter parteinaher Kontrolle zu haben erwartete). Bis zu seiner schweren Erkrankung im Jahr 1989 am IfG tätig, erwies sich Lötsch als der wohl innovativste, produktivste und international meistzitierte DDR-Soziologe.<sup>42</sup>

### Fortgesetzte Repression des SED-Regimes

Die Expansion der soziologischen Forschungsförderung und Forschung vollzog sich vor dem Hintergrund und unter dem Eindruck fortgesetzter und sich zeitweise noch verschärfender ideologischer Einschüchterung und Repression.

So forcierte die SED auf ihrem 11. ZK-Plenum vom 11./12. Dezember 1965 ihren kulturpolitischen Kurs, indem „modernistische“ und „liberalistische“ Strömungen in der aktuellen DDR-Literatur kritisiert und u. a. Wolf Biermann, Heiner Müller, Stephan Heym und Volker Braun namentlich angeprangert zahlreiche Filme und Buchproduktionen verboten wurden, was sich wie Mehltau auf das gesamte intellektuelle und publizistische Klima legen musste.

Bezeichnend für die Entschlossenheit der SED, gegen Kritiker gegebenenfalls mit aller Härte vorzugehen, waren die Sanktionen, die sie gegen den seit 1946 an der Humboldt-Universität wirkenden Naturwissenschaftler Robert Havemann (1910–1982) ergriff. KPD-Mitglied seit 1932, SED-Mitglied seit 1951, Professor für Chemie an der Humboldt-Universität seit 1946, Mitglied der Akademie seit 1961, trat Robert Havemann seit den frühen 1960er Jahren immer vernehmlicher als Kritiker des SED-Systems hervor, ohne seine kommunistische Grundüberzeugung und seine Loyalität zur DDR je in Zweifel zu ziehen. 1963/64 hielt Havemann an der Hum-

---

<sup>42</sup> Vgl. Lötsch, Ingrid/Meyer, Hansgünter (Hrsg.), Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen Soziologischen Forschung. Beiträge zu einem Kolloquium in memoriam Manfred Lötsch, Berlin 1997; ferner Thomas, Nekrolog, 1993.

Humboldt-Universität eine stark besuchte Vorlesungsreihe, die 1964 in der Bundesrepublik unter dem Titel *Dialektik ohne Dogma* veröffentlicht wurde. Die SED reagierte mit Parteiausschluss, fristloser Entlassung durch die Humboldt-Universität (samt Hausverbot) sowie Entlassung durch die Akademie (samt Hausverbot). In der Folgezeit wurde Havemann zeitweise unter Hausarrest gestellt und wurde bis zu seinem Tod (1982) unter demütigenden Umständen überwacht.

Die Entschlossenheit der SED, Ansätze einer kritischen gesellschaftswissenschaftlichen Analyse der Macht- und Einflussstrukturen in ihrem Herrschaftssystem zu unterbinden, verdeutlichte auch das Schicksal von Heinz Kallabis, der in den späten 1960er Jahren an der Hochschule der Gewerkschaft in Bernau die Absicht verfolgte, politische Strukturen der DDR, insbesondere im gewerkschaftlich-politischen Feld, zum Gegenstand empirisch-soziologischer Untersuchungen zu machen. Wegen angeblicher Sympathien mit den tschechoslowakischen Reformen wurde Kallabis 1969 aus der Leitung der Gewerkschaftshochschule entfernt und mit lebenslangem Publikationsverbot belegt.<sup>43</sup>

Schließlich sei an Rudolf Bahro<sup>44</sup> erinnert, der, nachdem im August 1977 Auszüge eines systemkritischen Buchmanuskripts („Die Alternative“) im „Spiegel“ vorab gedruckt worden waren, verhaftet und im Juni 1978 vom Stadtgericht Berlin wegen „Übermittlung von Nachrichten für eine ausländische Macht und Geheimnisverrat“ zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. 1979 wurde er – aus Anlass des 30. Jahrestages der DDR (sic!) – aus dem Gefängnis in die Bundesrepublik entlassen. Ein Exempel ihrer repressiven Zensur statuierte die SED-Wissenschaftsbürokratie 1971 an Hansgünter Meyer und Manfred Lötsch, als die Veröffentlichung der von ihnen an der Humboldt-Universität vorgelegten gemeinsamen organisationssoziologischen Habilitationsschrift, obgleich im Habilitationsverfahren an der Humboldt-Universität erfolgreich verteidigt und bereits gedruckt, in letzter Minute durch Parteintervention verhindert und „geschreddet“ wurde.<sup>45</sup>

---

<sup>43</sup> Vgl. Meyer, *Sociological Research*, 1994, S. 43

<sup>44</sup> Rudolf Bahro (1935–1997), 1954–1959 Studium der Philosophie an der HU, im Juni 1978 Verurteilung zu acht Jahren Freiheitsentzug „wegen Übermittlung von Nachrichten für eine ausländische Macht und Geheimnisverrat“, 1979 Entlassung in die Bundesrepublik, 1989 Rückkehr in die DDR, 1990 a.o. Prof. für Sozialökologie an der HU.

<sup>45</sup> Offenkundig wurde die Arbeit von maßgeblichen Parteikreisen als nicht publizierbar betrachtet, weil sie sich auf kybernetische Systemtheorie und auf Ulbricht-Zitate stützte, was beides nach dem



## Die 1980er Jahre: Soziologie im Zeichen von Liberalisierung und Systemkrise

Im Laufe der 1980er Jahre veränderten sich die politischen, ökonomischen und ideologischen Rahmenbedingungen für soziologische Forschung erneut. Zum einen zeigten die von Michael Gorbatschow in der UdSSR in den mittleren 1980er Jahren angestoßenen Reformen (*perestroika*, *glasnost*) auch in der DDR zunehmend Wirkung, obgleich die SED-Führung sich bis zuletzt dagegen abzuschotten suchte. Gleichzeitig trug die SED indessen selber zu einer ideologischen Lockerung und Pluralisierung u. a. dadurch bei, dass sie sich seit Mitte der 1980er Jahre mit der SPD in einen „Dialog“ einließ. Auf Seiten der SED lag die Federführung für den „Dialog“ institutionell bei der AfG (nunmehr ZK-Akademie für Gesellschaftswissenschaften) und wurde inhaltlich vor allem von deren Rektor Otto Reinhold und von Rolf Reissig, seit 1981 Professor am IfG, getragen. Als Ergebnis des SED/SPD-Dialogs wurde im August 1987 ein Papier *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* vorgelegt, das in der DDR vor allem dadurch innenpolitisch und ideologisch wirksam wurde, dass es von den DDR-Medien unzensuriert veröffentlicht wurde<sup>46</sup> und zu einem ideologischen Klimawandel beitrug.

Das 1979 gebildete Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie der Humboldt-Universität trat in den mittleren 1980er Jahren in eine Reformphase ein. Diese wurde wesentlich von dem Bildungssoziologen Artur Meier<sup>47</sup> vorangetrieben, der 1986 zum Professor an der Humboldt-Universität berufen und zum Leiter des Instituts (IfS) bestimmt wurde, nachdem er zwischen 1970 und 1986 als Leiter der Abteilung „Soziologie des Bildungswesens“ an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (dazu Tenorth i. d. Bd.) tätig gewesen war. Die von ihm eingeleiteten Reformschritte

---

Sturz von Ulbricht nicht mehr opportun und tolerabel schien; vgl. Meyer, DDR-Soziologie, 2005, S. 34.

<sup>46</sup> Vgl. Reissig, Rolf, Dialog durch die Mauer, Frankfurt a.M./New York 2002.

<sup>47</sup> Artur Meier (geb. 1932), 1954–1990 SED-Mitglied, 1959–1954 Aspirantur, 1964 Promotion an der HU, ab 1966 Zusatzstudium, 1970 Habilitation HU, 1970 Leiter der Abteilung „Soziologie des Bildungswesens“ an der APW, 1986 o. Prof. Soziologie an der HU und Direktor des Instituts für Marxistisch-Leninistische Soziologie, 1986–1990 Vizepräsident der International Sociological Association, vgl. Meier, Artur, Verspäteter Einlass, in: Fleck, Wege zur Soziologie, 1996, S. 353–368.

zielten insbesondere auf eine verstärkte soziologisch-fachdisziplinäre Professionalisierung der am Institut tätigen Wissenschaftler/innen und eine weitere Öffnung für internationale Diskussion und Austausch. Für diese konnte er die vielfältigen internationalen Wissenschaftskontakte einbringen, über die er (u. a. durch seine mehrjährige Funktion als Vizepräsident der International Sociological Association) verfügte.<sup>48</sup>

„Dabei kamen dem Institut seine unabhängige Stellung gegenüber den anderen Sektionen der Humboldt-Universität, vor allem auch der Sektion Marxismus-Leninismus, sowie seine Förderung und der politisch-ideologische Schutz durch den Prorektor Dieter Klein zugute. Der Status des Instituts glich in der Universität dem einer selbstständigen Sektion und unterschied sich dadurch auch von allen anderen soziologischen Einrichtungen an den anderen Universitäten und Hochschulen der DDR.“<sup>49</sup>

Bis Ende der 1980er Jahre erhöhte sich die Zahl der promovierten (und zum Teil habilitierten bzw. B-promovierten) wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen auf 22.<sup>50</sup> Ungeachtet der vorrangigen finanziellen und forschungspolitischen Förderung, die insbesondere das Soziologie-Institut des AfG des ZK und das Institut für Soziologie und Sozialpolitik, ISS, der Akademie im Verlauf der 1980er Jahre in der SED-Forschungspolitik genossen, erwies sich das Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie der Humboldt-Universität aufgrund seiner konsolidierten institutionellen und personellen Basis als bemerkenswert leistungsfähig.<sup>51</sup>

Mit Unterstützung von Prorektor Dieter Klein wurde 1987 am Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie ein Experiment eingeleitet, in dem die bestehende Zweiteilung des Soziologiestudiums (in ein auf Marxismus-Leninismus basiertes viersemestriges Grundlagenstudium und ein soziologie-bezogenes Hauptstudium) aufgelöst und ab dem ersten Semester Soziologie gelehrt und studiert wurde. Aller-

---

<sup>48</sup> Artur Meier war seit dem Weltkongress in Mexiko (1982) Repräsentant der DDR-Soziologen im Exekutiv-Komitee der ISA und wurde auf dem XI. Kongress der ISA in Neu Delhi (1986) zum Vizepräsidenten gewählt. In dieser Funktion war er Programmdirektor für den ISA-Weltkongress in Madrid (1990); vgl. Meyer, Soziologie, 1995, S. 46.

<sup>49</sup> Artur Meier in einer schriftlichen Mitteilung an den Verfasser.

<sup>50</sup> An ihm wirkten u. a. Thomas Edeling, Frank Ettrich, Holger Michaelis, Karin Lohr, Wolfgang Kühnel und Hildegard Maria Nickel. Die beiden letzteren waren bis 1986 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Artur Meier an der APW und folgten ihm 1986 an die HU.

<sup>51</sup> Vgl. Meyer, Sociological Research, 1994, S. ###: „sehr erfolgreich“. Vgl. auch die Einschätzung in: Neidhardt, Friedhelm, „In bin nicht sicher, ob alle Entscheidungen richtig waren“, Typoskript eines mit F. Neidhardt geführten Interviews, November 1997: „Ich gewann mit meinen Kölner Kollegen (Renate Mayntz und Erwin Scheuch) den Eindruck, dass (Artur Meier) mit einer Reihe

dings reduzierte das DDR-Ministerium 1989 die Gesamtzahl der DDR-weit zum Soziologie-Studium zugelassenen Studierenden von bislang 40 auf 24 – mit dem offenkundigen politischen Ziel einer „Verminderung des kritischen Potentials der Gesellschaftswissenschaften im allgemeinen und der Soziologie im besonderen“.<sup>52</sup> Im Unterschied dazu wurden z. B. fast alle Berliner geschichtswissenschaftlichen Fachrichtungen personell bedeutend ausgebaut.

In den späten 1980ern wurde – auf Initiative und mit wesentlicher Mitwirkung von Prorektor Dieter Klein – der Aufbau einer multidisziplinären Friedensforschung an der Humboldt-Universität begonnen und der Austausch von Vorlesungszyklen mit dem (von Egon Bahr geleiteten) Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik eingeleitet – gegen Bedenken aus dem SED-Politbüro. Außerdem wurde – wesentlich auf Initiative von Michael Brie und mit Unterstützung von Klein – ein interdisziplinäres Forschungsprojekt *Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus*<sup>53</sup> begonnen, an dem insbesondere Michael Brie, Rainer Land, Dieter Segert und Rosemarie Will (vgl. Markovits i. d. Bd.) mitwirkten. 1988 erregte Klein mit dem (im Dietz-Verlag erschienenen) Buch „Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus“ Aufsehen, in dem er dem SED-Dogma vom „aggressiven Wesen des Kapitalismus“ widersprach.

## Disziplinäre Konsolidierung

In der Spät- und Schlussphase der DDR vermehrten und verdichteten sich die Schritte, die auf eine disziplinäre Konsolidierung der DDR-Soziologie gerichtet waren.<sup>54</sup> Anknüpfend an die in den Jahren 1969, 1974, 1980 und 1985 organisierten Kongresse der DDR-Soziologen fand im Februar 1990 (also zwischen Fall der Mauer und „Beitritt“ der DDR) der auch in der westdeutschen Fachöffentlichkeit stark beachtete 5. (und letzte) Kongress statt. Auf ihm wurde die Gründung einer Gesellschaft für Soziologie der DDR beschlossen, deren Vorsitzender Hansgünter Meyer bis zu ihrer

---

von Mitarbeitern seines Instituts an der Humboldt-Universität nach Kräften bestrebt war, eine professionelle empirische Sozialforschung nach den Regeln der klassischen Soziologie zu betreiben“.

<sup>52</sup> Vgl. Lohr, *Ausbildung und Einsatz*, 1990.

<sup>53</sup> Vgl. Brie, Michael/Land, Rainer/Petsch, Hannelore/Segert, Diester/Will, Rosemarie, *Studie zur Gesellschaftsstrategie*, Berlin 1989.

<sup>54</sup> Vgl. Meyer, *Sociological Research*, 1994, S. 38.

Selbstauflösung Anfang 1993 war. Nachdem in der Vergangenheit mehrere Versuche, eine eigene soziologische Zeitschrift zu begründen, zurückgewiesen worden waren, wurde 1989/1990 schließlich das *Berliner Journal für soziologische Forschung* ins Leben gerufen, deren Gründungsherausgeber Manfred Lötsch, Artur Meier, Hansgünter Meyer, Peter Vogt und Herbert Wolf waren. (Die Zeitschrift wurde ab 1992 unter personell veränderter Herausgeberschaft am neu gebildeten Institut für Sozialwissenschaft der Humboldt-Universität weitergeführt.)

## Politikwissenschaft in der DDR?

Während das SED Regime ab den 1960er Jahren bereit war, empirische *soziologische* Forschung – unter steuernden und kontrollierenden (gegebenenfalls durchaus repressiven) Kautelen – als modernisierungs- und entwicklungs- und damit systemdienliche Informationsbeschaffung zu akzeptieren und zu fördern, zeigte es sich bis zum Ende entschlossen, die Entwicklung *politikwissenschaftlicher* Forschung nicht zu dulden. Hierin befand sich das SED-Regime – wiederum – in auffälligem Rückstand zur Sowjetunion, wo seit den 1960er Jahren die empirische Erforschung des Staates, der politischen Parteien und Massenorganisationen, etwa der Gewerkschaften und des Komsomol, als Gegenstände marxistischer Gesellschaftswissenschaften, sprich: Politikwissenschaft schrittweise anerkannt worden waren.<sup>55</sup> Wie die Beispiele von Kallabis, Bahro und auch Havemann verdeutlichten, reagierte die SED mit aller Härte auf Analyseansätze zur empirischen Durchdringung und Aufhellung von Macht- und Herrschaftsstrukturen des „real-existierenden Sozialismus“.

Erst in den späten 1980er Jahren wurden von DDR-Wissenschaftlern erste Schritte unternommen, Anschluss an die in der Gorbatschow'schen UdSSR und anderen sozialistischen Ländern, insbesondere Polen, längst verfolgten politikwissenschaftlichen Forschungsansätze und -fragen zu gewinnen. Als sich DDR-Wissenschaftler ab 1988 Themen der Friedensforschung oder des Vergleichs „westlicher/kapitalistischer“ Systeme zuwandten<sup>56</sup>, so handelte es sich um Fragestellungen, die dem SED-Regime i-

---

<sup>55</sup> Vgl. Lehbruch, Die Politikwissenschaft, 1995, S. 329–376.

<sup>56</sup> Vgl. insbesondere die von Karl-Heinz Röder (in den Jahren 1980ff.) herausgegebenen Ländermonographien, z. B. Das politische System der USA, Berlin 1980; ausführliche Nachweise bei

deologisch und politisch als ungefährlich erscheinen konnten, zumal die politikwissenschaftlichen Analyse des eigenen Herrschaftssystems weiterhin ausgeblendet blieb. Bezeichnenderweise wurden 1987/88 der von Rolf Reißig unternommene Vorstoß, das am IfG/AfG des ZK befindliche Institut für Wissenschaftlichen Sozialismus, dem er seit 1981 als Professor angehörte und das er ab 1985 leitete, in ein Institut für Politikwissenschaft umzuprofilieren und eine eigene Disziplin der Politikwissenschaft in der DDR aufzubauen, vom zuständigen Politbüromitglied Kurt Hager mit der Begründung zurückgewiesen, die SED-Führung betreibe schon immer eine „wissenschaftliche Politik“ und benötige „keine zusätzliche Wissenschaft von der Politik“.<sup>57</sup>

## Versuch einer Bilanz

Zur Entwicklung der Soziologie in der DDR nach 1950 ist zunächst an jene „Merkwürdigkeit“ (Hansgünter Meyer) zu erinnern, dass soziologische Untersuchungsansätze in den mittleren 1950er Jahren in der DDR an den Universitäten „von unten“ Wurzeln schlugen, obwohl die SED die Soziologie bis in die frühen 1960er Jahre mit ihrem ideologischen Bann belegte. In dieser Wiederbelebung der Soziologie „von unten“ spielten die Humboldt-Universität und hierbei insbesondere der Wirtschaftswissenschaftler Kurt Braunreuther eine Pilotrolle. Die in dieser frühen Phase durch Studium, Promotion und/oder Habilitation an der Humboldt-Universität soziologisch ausgebildeten und sozialisierten Nachwuchswissenschaftler (u. a. Dieter Klein, Helmut Steiner, Manfred Lötsch, Erich Hahn, Manfred Puschmann, Georg Aßmann, Horst Berger, Thomas Edeling, Holger Michaelis, Karin Lohr, Frank Ettrich) haben die weitere Entwicklung der Soziologie in und außerhalb der Humboldt-Universität wesentlich beeinflusst und mitgestaltet.

---

Lehmbruch, Gerhard, Die Politikwissenschaft und die deutsche Vereinigung. Eine Fallstudie zum ostdeutschen Transformationsprozess, in: Einigung und Zerfall, hrsg. v. dems., Opladen 1995.

<sup>57</sup> Vgl. Segert, Das 41. Jahr, 2008, S. 59. Zu der Kontroverse über die Frage, ob es in der DDR Ansätze einer politikwissenschaftlichen Forschung gegeben habe, vgl. Lehmbruch, Die Politikwissenschaft, 1995, S. 15 ff.; ferner, differenziert bejahend, Berg, Frank/Möller, Bärbel/Reißig, Rolf, Pro und contra politikwissenschaftliche Forschung in der DDR, in: Politische Vierteljahresschrift 33 (1992), H. 2, S. 256–277. Die Frage modifiziert bejahend etwa Segert, Dieter, Die langen Schatten der Vergangenheit. Warum es in der DDR doch eine Politologie gab, in: Sozialwissenschaften vis-à-vis: Ein sozialer Großversuch, hrsg. v. Giesen, Bernd/Leggewie, Claus, Berlin 1991, S. 111–122.

Zwar hat die SED, nachdem sie seit den mittleren 1960er Jahren Soziologie als Vehi-  
kel ihrer Modernisierungspolitik „entdeckt“ hatte, in ihrer Wissenschaft- und For-  
schungspolitik verstärkt die außeruniversitäre Forschung, insbesondere am „partei-  
eigenen“ IfS beim ZK ausgebaut, woraus sich, zumindest numerisch gesehen, eine  
krasse Asymmetrie in der Verteilung der personellen und finanziellen Forschungsres-  
ourcen zugunsten der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und zulasten der  
universitären ergab. Jedoch kann am Beispiel des Instituts für Marxistisch-  
Leninistische Soziologie der Humboldt-Universität gezeigt werden, dass, obgleich  
sich dieses mit (Ende der 1980er Jahre) 22 Wissenschaftlern im Vergleich zu den  
(auf rund 1.000 veranschlagten<sup>58</sup>) außeruniversitären Gesellschaftswissenschaftlern  
(jedoch zumeist Historiker) in einer geradezu verschwindenden Minderheit befand,  
seine Angehörigen ein beachtlichen Leistungs- und Publikationsprofil entwickelt hat-  
ten. Dies ist nicht zuletzt daran ablesbar, dass sich viele von ihnen nach 1990 in den  
öffentlichen Ausschreibungen und Besetzungsverfahren um Professuren und andere  
Wissenschaftlerstellen an ost- und westdeutschen Hochschulen erfolgreich durchset-  
zen konnten. Auch der Wissenschaftsrat hatte wichtige Teams (z. B. die Gruppe um  
Horst Berger) positiv evaluiert und ihre Förderung unterstützt.

Die Forschungen, die die Soziologen in der DDR bis 1990 – außeruniversitär wie u-  
niversitär – geleistet haben, sind im nationalen und internationalen Vergleich durch-  
aus beachtlich. Die Breite der Forschungsfelder kann an dieser Stelle nur beispielhaft  
angedeutet werden.<sup>59</sup> Hierzu zählen in Sonderheit die Sozialstrukturforschung (insbe-  
sondere am IfG beim ZK<sup>60</sup> und am Akademie-Institut für Soziologie und Sozialpoli-  
tik), die Jugendforschung (am Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung)<sup>61</sup>, die  
Bildungssoziologie (an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften)<sup>62</sup> sowie

---

<sup>58</sup> Vgl. Kreckel, Reinhard, Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn  
1994, <http://www.soziologie.uni-halle.de/kreckel/docs/ostuni93.pdf>.

<sup>59</sup> Vgl. hierzu insbesondere die sehr informative Übersicht bei Meyer, Sociological Research,  
1994.

<sup>60</sup> Wo insbesondere Martin Lötsch bis zu seiner schweren Erkrankung 1989 die führende Rolle  
spielte (vgl. Thomas, Nekrolog, 1993).

<sup>61</sup> Vgl. Starke, Kurt, ZIJ – es war einmal, in: Berliner Journal für Soziologie 1 (1991), H. 2, S.  
###-### (287).

<sup>62</sup> Insbesondere die Arbeiten von Artur Meier.

die Wissenschaftsforschung (an der Akademie)<sup>63</sup>, aber auch Medizinsoziologie (an der Charité).<sup>64</sup>

Nach 1990 erwies sich die angemessene Erfassung, Interpretation und die (für das berufliche und wissenschaftliche Überleben vielfach entscheidende) so genannte Evaluierung der individuellen Forschungsleistungen zum Teil als dadurch erschwert, dass das SED-Regime in einer geradezu pathologischen Geheimhaltungspraxis soziologische Forschungsergebnisse und -berichte vielfach allenfalls in einer streng nummerierten Zahl von Exemplaren für den parteiinternen Gebrauch, wenn überhaupt, verfügbar machte und ansonsten in den „Panzerschrank“ wegschloss (oder aber von vornherein unterband und unterdrückte)<sup>65</sup> und diese mithin für eine nationale wie internationale wissenschaftliche Diskussion und *peer review* nur eingeschränkt zugänglich waren.

Insgesamt konnten und mussten sich der politische Imperativ der „Parteilichkeit“ von Forschung und die allgegenwärtige Kontrolle und Zensur durch die SED auf den Forschungs- und Erkenntnisprozess einschränkend und beschneidend auswirken: Während in „freier“, der Wahrheitsfindung verpflichteter Forschung (jedenfalls *idealiter*) die autonome Selbstbestimmung von Gegenstand, Fragestellung, theoretischem Ansatz und Methoden konstitutiv ist, ist eine Situation, in der sich der einzelne Forscher zur „Parteilichkeit“ angehalten weiß und er sich möglicher (gegebenenfalls existenzbedrohender) Sanktionen für den Fall des Ungehorsams zu gewärtigen hat, so dass sein Erkenntnisinteresse deformiert sein kann, sei es, dass er die „parteilichen“ Vorgaben bewusst akzeptiert, sei es, dass er die repressiven Mechanismen bis zum Punkt-

---

<sup>63</sup> Insbesondere die Arbeiten von Helmut Steiner und Hansgünter Meyer.

<sup>64</sup> Zuletzt unter Günther Miehle. Für eine informative und reichlich dokumentierte Übersicht über den Forschungsstand der Soziologie in der DDR vgl. die beiden von Bernhard Schäfers (deutsch und englisch) herausgegebenen DGS-Bände: „Edited on occasion of the XIIIth World Congress of Sociology and on behalf of the Committee of the Deutsche Gesellschaft für Soziologie“, Opladen 1994.

<sup>65</sup> Ein eindringliches Beispiel für eine aus politisch-dogmatischen Gründen unterdrückte empirische Forschung ist die von Soziologen an der DAW um Hansgünter Meyer und Manfred Lötsch in den 1970er Jahren unternommene Untersuchung zu den personellen und funktionalen Organisations-, Verantwortungs- und Entscheidungsstrukturen und Prozesse in der Doppelhierarchie von Partei- und staatlichen Behörden der Zentralgeleiteten Industrie der DDR. Mit der repräsentativen Erhebung (mit ca. 14.000 Probanden in mehreren Großbetrieben) waren 40 Wissenschaftler sowie Physiker und Mathematiker zum Datenprozessieren auf drei IBM- und ESER-Großrechnern befasst. Ihre Auswertung fiel schließlich einer ideologisch bedingten Intervention des Zentralinstituts für Philosophie der DAW mit dem Argument zum Opfer, sie sei „gegen den VIII. Parteitag gerichtet“ und „völlig unwissenschaftlich“ (so Hansgünter Meyer in einer schriftlichen Mitteilung an den Verfasser).

te einer kaum mehr bewussten Selbstzensur internalisiert hat. Insgesamt zeigte die soziologische Forschung in der DDR vielfach eine eher instrumentelle Orientierung und Engführung und scheute sich, die Strukturen von Staat, Ökonomie und Gesellschaft der DDR grundsätzlich und kritisch zu thematisieren und zu reflektieren. So blieben die Politik- und Verwaltungsstrukturen des real existierenden Sozialismus durch das Verdikt der SED vom analytischen Bildschirm empirischer und kritisch reflektierender Politikwissenschaft bis zum Schluss verbannt.

## Soziologie zwischen „Selbsterneuerung“ und Umstrukturierung

In der Periode zwischen dem Fall der Mauer (9. 11. 1989) und der Vereinigung („Beitritt“, 3. 10. 1990) ergriffen Angehörige der Humboldt-Universität sowohl im Gesamtkontext der Universität als auch innerhalb der bisherigen Sektion Marxismus-Leninismus Initiativen und Schritte einer „Selbsterneuerung“, zunächst in der Annahme des Fortbestandes einer „demokratischen“ und „reformierten“ DDR und dann in Erwartung einer sich abzeichnenden, wenn nicht unmittelbar bevorstehenden Vereinigung mit der Bundesrepublik (vgl. Jarausach i. Bd. 3). Im Bereich der Gesellschaftswissenschaften kamen mehrere Initiativen und Schritte zur „Selbsterneuerung“ in Gang. Zum einen hatte das seit 1986 von Artur Meier geleitete Institut für Soziologie – nicht zuletzt als Ergebnisse der von ihm in den späten 1980er Jahren vorangetriebenen Reformen – mit seinem Stamm von 22 Wissenschaftlichen Mitarbeitern/innen einen beachtlichen Grad institutioneller, personeller und professioneller Konsolidierung erreicht. Dieses Profil des Instituts und seiner Mitglieder gab der Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel (SPD) Veranlassung, dem Institut im November 1990 eine „Bestandsgarantie“ auszusprechen.

Zum andern gründete Dieter Klein im Februar 1990 ein Institut für interdisziplinäre Zivilisationsforschung, das mit Blick auf die künftige Entwicklung als Pendant zum Institut für Soziologie verstanden wurde. Schließlich schritt die Sektion Marxismus-Leninismus unter der Leitung von Heinz Niemann dazu, in einem schwierigen Prozess der Selbstevaluierungsprozess die Gesamtzahl der ihr zugerechneten Wissenschaftler/innen von 160 auf 16 zu reduzieren, die den Kern einer nunmehr als Institut für Politikwissenschaft firmierende Einheit bilden sollten. Im Frühjahr 1990 begann Rudolf Bahro, in November 1989 in die DDR zurückgekehrt, den Aufbau eines „In-



stituts für Sozialökologie“ an der Humboldt-Universität und zum außerordentlichen Professor für Sozialökologie berufen. Er nahm im WS 1990/91 Vorlesungen zu Fragen der ökologischen Krise auf.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3.10.1990 und der (gesamtberliner) Abgeordnetenhauswahl vom 2. 12. 1990 änderten sich die verfassungsrechtlichen, landesrechtlichen und politischen Rahmenbedingungen und Spielregeln für eine Neustrukturierung grundlegend. Aufgrund des vom Abgeordnetenhaus am 18. 7. 1991 beschlossenen *Gesetzes über Einsetzung von Struktur- und Berufungskommissionen* (SBK) wurde auch für die Sozialwissenschaften eine SBK berufen<sup>66</sup>, deren Vorsitzender als „externes“ Mitglied Friedhelm Neidhardt (Präsident des WZB) wurde.<sup>67</sup>

In Abweichung von dem an „westdeutschen“ Universitäten gängigen Modell der getrennten Institutionalisierung von Soziologie und Politikwissenschaft und insoweit bemerkenswert zielte die SBK von vornherein auf eine konzeptionelle und institutionelle Integration der beiden Teildisziplinen. Als künftige Grundstruktur wurden für Soziologie und Politikwissenschaft je vier so genannte Eckprofessuren, in denen die in den Teildisziplinen „klassischen“ Stellenbeschreibungen abgebildet werden sollten, und zwei weitere Professuren vorgesehen. Der SBK oblag es zum einen, die Wissenschaftler/innen des Instituts für Soziologie, des Instituts für interdisziplinäre Zivilisationsforschung und, soweit verblieben, der Sektion Marxismus-Leninismus einzeln zu „evaluieren“ und ihre Kündigung bzw. Nicht-Kündigung zu empfehlen. Zum andern und vor allem hatte die SBK die Aufgabe die dem künftigen Fachbereich Sozialwissenschaften zugewiesenen Stellen öffentlich auszuschreiben, öffentliche Anhörungen zu veranstalten und Berufungsvorschläge zu beschließen.

Von 55 Sozialwissenschaftlern/innen, die von der SBK „evaluiert“ wurden, war für 35, also rund zwei Drittel, das Ergebnis negativ.<sup>68</sup> Als Ergebnis der Berufungsverfahren wurden 17 der 18 ausgeschriebenen Professuren mit „West-Wissenschaftlern“ und eine mit der „ostdeutschen“ Familien- und Gender-Soziologin Hildegard Maria

---

<sup>66</sup> Für Details vgl. Neidhardt, Friedhelm, Konflikte und Balances. Die Umwelt der Humboldt-Universität zu Berlin 1990–1993, in: Mayntz, Aufbruch und Reform, 1994, S. 33–60, hier: S. 45.

<sup>67</sup> Friedhelm Neidhardt war von Wissenschaftssenator Erhardt als Planungsbeauftragter und Vorsitzender der SBK Sozialwissenschaften berufen worden. Für einen sehr informativen und bemerkenswerten offenen Rückblick auf Verlauf und Probleme der Arbeit der von ihm geleiteten SBK siehe Neidhardt, „Ich bin nicht sicher ...“, 1997.

Nickel (seit 1986 Wissenschaftlerin am Institut für Soziologie)<sup>69</sup> besetzt. Die von der SBK vorgeschlagene Berufung von Dieter Segert (bisher an der Sektion für marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität) auf eine C3-Professur wurde vom Senator mit einer dreijährigen Befristungsklausel versehen.<sup>70</sup> Auf so genannten Überhangsprofessuren wurden der bisherige Prorektor Dieter Klein (als Professor für ökonomische Grundlagen der Politik)<sup>71</sup>, und Artur Meier (als Professor für Bildungssoziologie)<sup>72</sup> berufen. Hingegen wurde Michael Brie<sup>73</sup> im Herbst 1991 durch Mehrheitsvotum der SBK gekündigt.<sup>74</sup>

Des Weiteren wurden 27 Wissenschaftliche Mitarbeiterstellen neu besetzt, die Hälfte von ihnen mit bisherigen Wissenschaftlern der Humboldt-Universität, insbesondere Angehörigen des bisherigen Instituts für Soziologie<sup>75</sup> (unter ihnen Karin Lohr). Am Ende stellte sich „die personelle Erneuerung als umfassender Austausch des ehemaligen HU-Personals dar (...). Einen umfassenderen Personalwechsel hatte es in so kurzer Zeit in der Geschichte der HU zuvor nie gegeben“<sup>76</sup>, Hierfür ist der personelle Umbruch der Wissenschaftler, vor allem der Professoren, am neu begründeten Fachbereich Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität ein besonders ausgeprägtes Beispiel.

---

<sup>68</sup> Vgl. Segert, Das 41. Jahr, 2008, S. 209.

<sup>69</sup> Für biographische Daten siehe Nickel, Hildegard Maria, Karrierewege in der DDR. Biographische Notiz, in: Wege in die Soziologie und die Frauen – und Geschlechterforschung, hrsg. v. Vogel, Ulrike, Wiesbaden 2006, S. 261–273.

<sup>70</sup> Die „Entfristung“ der Professur wurde nach drei Jahren vom Wissenschaftssenator abgelehnt, so dass Dieter Segert die HU verließ.

<sup>71</sup> Emeritiert 1996. Um die Berufung von Dieter Klein gab es eine Kontroverse zwischen der SBK und dem Wissenschaftssenator. Während der letztere eine Berufung von Klein aus politischen Gründen (langjährige SED-Mitgliedschaft Kleins, zuletzt mehrjähriger Prorektor der HU) ablehnte, waren die Mitglieder der SBK „gemeinsam zur der Ansicht gekommen, dass Dieter Klein nicht nur ein kluger Wissenschaftler, sondern auch ein integrierter Funktionsträger ist. Ich hätte seine Entlassung als ungerecht (...) gefunden“. Am Ende konnte sich die SBK mit der Berufung von Dieter Klein durchsetzen (vgl. Neidhardt, „Ich bin nicht sicher ...“, 1997, S. 7).

<sup>72</sup> Emeritiert 1997.

<sup>73</sup> Brie hatte im September 1990 noch durch den Wissenschaftsminister Meyer der DDR-Regierung de Maizière den Ruf zum Prof. für Sozialphilosophie an der HU erhalten. (vgl. Segert, Das 41. Jahr, 2008, S. 209, Anm. 56).

<sup>74</sup> Siehe ebd., S. 210: „(...) wegen eines ‚Mangels an Bedarf‘ – angeblich sei er als Sozialphilosoph an einem Fachbereich Sozialwissenschaften nicht am richtigen Platz“.

<sup>75</sup> Vgl. ebd., S. 211.

<sup>76</sup> Vollrath, Zwischen Selbstbestimmung und Intervention, 2008, S. 386.